

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 268 Jahrgang 214

Bezugspreis: für Briefe und auswärtige Bezüge monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 2,25, halbjährlich Mk. 4,00, jährlich Mk. 7,50, durch die Post bezogen zugunlich postal. Belegkarte.
 Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach: Leipzig 20512.

Morgens-Ausgabe
Donnerstag, 16. Juni

Anzeigenpreis: Die 6 Spz., 34 mm breite mm-Granzette 60 A. Die 3 Spz., 50 mm breite mm-Granzette 800 A. Rabat nach Zeit, Zeitungszeit Halle-Saale.
 Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurfürst 27. 6290
 Eigene Zeitungsvertriebsabteilung. — Druck u. Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

Die Teilung der Welt

Stimmungsmache

„Englisch-amerikanisches Zusammenwirken“

w. London, 16. Juni.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meint, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, eine Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde der „Times“ zufolge eine formale Allianz zwischen ihnen die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung der Welt wiederherstellen. Der Präsident kündigte an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in sich; ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Änderungen. Es bestrebt sich um die Annahme, daß bereits durch Vermittelung des Obersten Rates ein Meinungsaustrausch mit den Alliierten stattgefunden hat. In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Befestigung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und die Überlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflussphäre. Das würde selbstverständlich die Verteilung auf den Ozeanen zwischen zwei englisch-japanischen Bündnissen notwendig machen.

In einem Leitartikel bemerkt die „Times“ zu dem Washingtoner Telegramm, diese Werbung werde von ganzem britischen Reich und von der Entente begrüßt werden. Das Blatt fordert, daß die Bande, die England und Frankreich trennen, nicht gelockert werden. Das Einvernehmen mit Frankreich müsse der Gestalt der kontinentalen Politik Großbritanniens bleiben. Das Einverständnis mit Frankreich würde den Weg für die von Washington vorgeschlagene Politik ebnen, während ein Streit zwischen England und Frankreich oder eine Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Ländern fast sicher zur Milderung der Vereinigten Staaten zu ihrer Politik des Weltfriedens führen würde. Die „Times“ erklärt: Nur unsere eigene Arbeit und die Arbeit Frankreichs könnte zu einem solchen Unglück führen. Wenn dieses Ereignis unglücklich eintreten sollte, dann müßten sich die Gebräuen der

englischen und der amerikanischen Staatsmänner notwendigerweise dem Abschlus einer engeren Abmachung zwischen den englischsprechenden Völkern zuwenden. Die „Times“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn diese große Frage im Zusammenhang mit der Frage der Ratifikation des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten vor den Obersten Rat oder die führenden Staatsmänner komme, jeder Opportunismus und jede Banalität aufgegeben werden.

Die „New-York Herald“ aus Washington erzählt, in eine englisch-amerikanische Entente gegenüber den Weissen Haus ein Beratungsgesandtschaft erster Ordnung. Die Nachricht, daß der Präsident für einen Plan der Vereinigung aller englischsprechenden Völker gewonnen sei, habe sich überträgt. Ob man im Staatsdepartement eine förmliche Allianz mit England in den Wege fahre, ist zweifelhaft; es werde aber möglicherweise ein Handels- und Freundschaftsvertrag mit England abgeschlossen werden.

Eine deutsche Oberschlesiennote

Gestern hat die Reichsregierung eine Note nach Paris, London und Rom gefandt, die die Zurückin Oberschlesien darstellt. Es wird hervorgehoben, daß trotz der alliierten Verfassungen die Injuranten, faktisch unterstellt von Sangschulen, die ungenügenderen Ausföhrungen begehren haben. Ferner legt die deutsche Regierung schärfte Vermehrung dagegen ein, daß von Entente die deutsche Selbstbehauptung auf gleiche Stufe mit den Injuranten gesetzt wird. Die Note schließt: „Nach dem Friedensvertrag, Artikel 88, ist die interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar, wenn die interalliierte Kommission ihre Machtmißbrauch nicht gegen die Injuranten zum Einsatz bringt. Sie muß daher erneut mit allem Nachdruck fordern, daß die Veralliierten die Besetzung dieses Gebietes, das nach dem Ergebnis der Abstimmung überwiegend deutsch ist, endlich überall und reiflich von der Injurantenherrschaft befreit wird.“

Zwischen hat der französische Reichsdichter in Berlin seine Forderungen, über die wir bereits berichteten, überreicht, worauf die Reichsregierung auf die Oberschlesiennote verwies. Wie man an äußerlicher Stelle glaubt, wird die Interalliierte Kommission eine Einigung mit Döfer erzielen.

Abg. Oppenhop (Str.): Das letztgenannte herabsetzende Urteil der Sozialdemokraten über unsere Reichsjustiz und unsere Richter ist nicht berechtigt. Die sozialdemokratische Antrag auf Zulassung von Arbeiterjuristen usw. sind inoffiziell in sich für uns unannehmbar, weil er praktisch undurchführbar ist. Es würde dann nur noch Richter zweiter Klasse geben. Wir halten fest an der Wahrung des Innerlichkeitsprinzips für alle Richter und möchten die Beibehaltung dieses Status. Die veralteten Schlichtergerichte sollten durch große Schlichtergerichte ersetzt werden. Die Arbeiterjuristen müssen den Amtsgerichten angegliedert werden.

Abg. Dr. Deereberg (Weimarer): Die nachrevolutionären Maßnahmen haben das Reichsbankwesen in vollem Maße schädigt, und die fortgeschrittenen Anzeichen bedauern den einzigen Bankrott unserer Reichsjustiz.

Den einzigen Schutz bildet noch unser unerschütterliche Richterstand. Die systematischen Angriffe der Sozialdemokraten gegen diesen Stand sind ganz unbedeutend. Die Kaputtbrecher sind nur entkommen, weil die sozialistische Regierung geschäftet ist, Recht sie selbst zu nehmen. (Der Röm. a. d. Anken.) Der kommunistische Arbeiterbewegung des Vaterlandes ist ihnen Recht der organisierten Arbeiter gewährt werden sollen, würde zu schimmeler Missetätigkeit führen. Wir sind für die Zulassung der Frau als Schöffen und Geschworene, aber das darf nicht zur Verbilligung gemacht werden. Wir beantragen die Zulassung der Reichsanwaltschaft vor Ober- und Landgerichten.

Im 12. Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Das Programm der englischen Reichskonferenz

Das Programm für die Verhandlungen der Reichskonferenz ist jetzt fertiggestellt und umfaßt nicht weniger als 26 Verhandlungspunkte. Die wichtigsten Fragen sind: Die Stellungnahme des Mutterlandes zu dem Vertrag der Dominions und Kolonien, England und Australien, die Lage in Indien, die angipflichtige Frage, die Zukunft der durch den Friedensvertrag erhaltenen Mandatsgebiete, Neuorganisation von Meer und Flotte, Teilnahme von Kolonien und Dominions an den Weltmärkten, militärischer Schutz der Dominions und Kolonien durch selbstverwaltende Organe von Meer und Flotte, die Neutralität der Kolonien in Kriegszeiten, der englisch-japanische Vertrag, die Kolonien und Ozeanien und deren Reichum in allen britischen Gebieten, die Ernährungsfrage in Kriegszeiten, dringliche Finanzfragen.

Zum Geschäftsbetrieb des Reichstages

Von D. Straßmann, Mitglied des Reichstages.

Nicht ohne Grund mehren sich in der Tagespresse Klagen und böshühler Spott über die Unzulänglichkeit, die Unwirksamkeit, die Zeitvergeudung des Geschäftsbetriebes der Parlamente, besonders des Reichstages. Um dem Uebel zu wehren, brüht seit Wochen oder Monaten der Geschäftsbetriebsausschuß des Reichstages über dem Entwurf einer neuen Geschäftsordnung, den der Abg. Dr. Spahn ausgearbeitet hat. Die alte Geschäftsordnung, welche Nationalversammlung und erster republikanischer Reichstag sich angeeignet haben, entspricht in der Tat in vielen nicht mehr der fortgeschrittenen Gegenwart. Der § 12 a. B., wonach die Konstituierung des Reichstages und das Ergebnis der Wahlen durch den Präsidenten dem Kaiser mitgeteilt wird, berührt allzu offen gegen den heiligen Geist, der aus dem Urkeim der angeblichen „Volksbeauftragten“ hervorgegangenen neudeutschen Republik und wurde berrnützlich von Herrn Röde nicht befolgt. Der Anstich brüht also. Aber er gleich der Sonne, die alle Augenblicke ihre Eier verliert, — er gerade reden, eigentlich nichts zu tun. Denn noch die anderen Tagen, weiß man zumest längst noch früher, als der Presse. Auch ist kein Redner zu finden, zu erwarten, daß irgend ein Mitglied des sogenannten „hohen“ Hauses durch seine noch so treffenden Gründe, durch seine noch so sprühende Beredsamkeit hinsichtlich der Abstimmung irgendwie beeinflusst werden könnte. Ob jemand mit Weisheit oder Engelszungen redet — jeder Abgeordnete weiß längst, bevor er den Saal betritt, wie er stimmen wird, oder er weiß es auch nicht und stimmt dann automatisch mit dem Stimmführer der Fraktion. Die Reden sind zu 90 v. S. nichts als Agitationsreden für die Wähler, und insofern, als sie die Grundrind einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Absicht angelegentlich Überzeugung werden, ein großer Schaden. Sie werden deshalb auch mit Recht regelmäßig in Abschwächung der Wichtigkeit der Abgeordneten vorzuziehen an die Sitzungstische und Presseberichterstatter gehalten. Als billiges Agitationsmittel benutzen sie besonders die Reute vom Schlege des Herrn Sölein.

Dieses Plenum ist der Tod des Parlamentarismus. Die Abgeordneten sind zwar nicht gewungen, im Sitzungssaal zu sein und Herrn Sölein anzuhören. Aber sie müssen im Hause und jeden Augenblick bereit sein, im Saale zur Abstimmung zu erscheinen. Das Sölein eine oder drei Stunden agitiert, kann man nicht wissen. Inzwischen können die Ausschüsse nicht tagen. Für sie sind täglich nur ein bis zwei Stunden frei. Auch sie nicht regelmäßig. So fehlt die Zeit für eine rasche, intensive Durchberatung der Gesetz. Richter werden sie überhast gebracht. Auch der Einzelne kann keine Zeit nicht ausnutzen, wie sehr gehört. Die Auswärtigen sind genötigt, Tage lang mehr oder weniger nutzlos in Berlin herumzufragen und auf den Augenblick der Abstimmung zu warten, während dabei wichtige Arbeiten unerledigt liegen bleiben. Dieser erzwungene geistliche Mühsalung bei gleichzeitiger unerledigter drängender Arbeit ist untragbar. Dabei läßt es sich bisweilen doch nicht vermeiden, daß einzelne Abgeordnete bei wichtigen Abstimmungen fehlen und wichtige Fragen mit sinnwidrigen Fallstrichereiten entschieden werden. Auch das ist untragbar.

Zu ersetzen ist möglich: 1. zusammenhängende, intensive Arbeit der Ausschüsse. Sie ist nur dadurch zu erreichen, daß zwischen Zeiten, in denen das Plenum tagt, Tagungszeiten nur für Ausschüsse von wenigstens einer Woche Dauer eingeschoben werden. 2. Einbindung der die Arbeitstaktik labenlegenden Wirkung der Abstimmungen. Das kann dadurch erreicht werden, daß in den Wochentagen alle Abstimmungen auf einen Tag, etwa Donnerstag vormittag, verlegt werden. In den anderen Tagen wird im Plenum nicht abgestimmt, sondern nur „beraten“, d. h. geredet. Damit das Redebedürfnis befriedigt werden kann, sollen die Sitzungen möglichst früh beginnen und möglichst nicht eher endigen, als bis eine reichhaltige Tagesordnung erledigt ist. Da Abstimmungen nicht stattfinden, und man sich über das Vorgefallene am nächsten Tage aus der Presse leicht unterrichtet, verläumen die Abgeordneten durch ihre Abwesenheit nicht, bekommen die Fraktionen Zeit für ihre Beratungen und die einzelnen Abgeordneten Zeit für ihre besonderen Arbeiten, die der Beruf des

Der preußische Justizetat

Dreißigföhrer Landtag

w. Berlin, 15. Juni.

Einem Antrag des Geschäftsbetriebsausschusses entsprechend, wird debattiert die Einföhrung der Strafverfahren gegen die Abg. Rabold (H. S.), Wachhorn (D. Wpt.) und von Gege (Soz.) beschloffen.

Schließlich ohne Ausrede, wurden die Novellen zum Bericht vom Ausschus für Handel und Gewerbe, der Bericht vom über die Delogatur für die Erzdiözese Meissen-Böden (preussischer Anteil) dem Reichsausschus und der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung der Ausführungsbestimmungen zum Volkszählungsgesetz in Form von Gesetzen beim Ausschus für Rechtsfragen übergeben.

Etats der Justizverwaltung für 1921

Justizminister Am Schöffel betont einleitend die Notwendigkeit, die Budgetvermehrung und den Sparplan mehr als bisher mit vollem Geist zu erfüllen. Wichtig der neuen Richtergesetze ließe sich nicht, ob sie vollständig oder den Richtern zugesagt werden sollen. Die letzten drei bis vier Prozent des alten Fortschrittsjahresgesetzes sollen wiederhergestellt werden. Zu den Verräten der Schöffen und Geschworenen sollen möglichst alle Bevölkerungsteile herangezogen werden. Die Verlagerung des Justizdienstes in die Städte vom Land auf die Städte kann die Justizverwaltung abmildern. Die Justizministerien erlaßt eine das Reichsjustizministerium, alle Bezirksräte, die in der Dienstzeit gegen Gewandurteile oder richterliche Handlungen erhoben werden, auf die Beerdigung nachzusprechen.

Abg. Sellmann (Soz.) verlangt als erster Debattevernehmer ein kleines Tempo bei der Reform der Justiz und die Abschaffung der Sondergerichte, deren Abschaffung er bereits die Richter und Geschworenen nicht verlassen kann. Demnach, ist bündig rechtlich. Die Sozialdemokratie beantragt die Zulassung von Arbeiterjuristen zum Justizwesen. Den Schöffen und Geschworenen solle der entgangene Arbeitslohn vergütet werden. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt ein Verbot sozialdemokratischer Eingriffe in den Bundesbereich bei Verfolgung von Verbrechen.

Justizminister Am Schöffel nimmt den neuen Sommergesetzentwurf gegen die Angriffe des Abg. Sellmann in Schutz. Der Präsident sei ein hervorragender tüchtiger Jurist und sei sein Amt ganz besonders geeignet.

Wann in dem für den 1. Juli 1921...

Währungsreform, Generalversammlung...

ander Stellung, um erhöhten Anstich umgelegt...

Berliner Produktenmarktpreise.

Table with columns for product names (e.g., Speiseerbsen, Futtermehle) and prices for 15 and 14 June.

aber auch diese wurden mehr befreit...

Devisen-Notierungen.

Table of exchange rates for various currencies like Amsterdam, Paris, London, etc.

Berliner Metallnotierungen.

Table of metal prices for items like Refined Copper, Brass, etc.

Leipziger Notierungen.

Table of prices for Leipzig-based products like Chemnitz Bankverein, etc.

Berliner Börsenbericht. Börse in Berlin, 15. Juni. An der Börse herrschte im allgemeinen das Gefühl...

Produktenbericht. Berlin, 15. Juni. Die meisten Schwankungen der Devisenkurse...

Sonderkündigung. Die unten stehenden...

Berliner Börse vom 15. Juni 1921.

Main market data table with multiple columns for various securities, stocks, and bonds, including sections for Festverzinsl. Wertpapiere, Aktien, and Anstalt. Wertpapiere.